

Rote, Grüne, Nette und Meinungslabile rennen im Gleichschritt mit dem gebrochenen Krug zum Wasser

Im Rahmen der Behandlung der Zusatzkredite I/2012 titelte die SVP: „Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht“.

Nun, als Noch-Finanzvorstand Vollenwyder Ende September 2012 das Budget 2013 und den Aufgaben- und Finanzplan 2013 - 2016 vorstellte, wurde es allen klar: Der Krug bricht!

Selbst linke Politiker merken, dass das Ende der grosszügigen Umverteilungs- und Wunschkonzertpolitik naht. So sprach die Vizepräsidentin der Grünen der Stadt Zürich, Gemeinderätin Rykart, kurz nach der Budgetpräsentation, im sozialistischen Hofblatt P.S. davon, dass die Stadt Zürich vor finanziell schwierigen Zeiten stehe.

Wer allerdings erwartet hat, dass dies zu mutigen und v.a. zu den notwendigen Taten führen würde, der wird mit dem Budget 2013 kräftig enttäuscht.

Selbst mit gebrochenem Krug wird Wasser geschöpft. Das kann nicht gut gehen - Erfahrungsbeispiele zu welchem Schaden solches unverantwortliches Handeln langfristig zu Lasten des Mittelstandes führt, werden uns von den EU Funktionären in ganz Europa täglich vor Augen geführt.

Nicht nur, dass uns der rot-grüne Stadtrat ein tiefrotes Defizitbudget vorlegt, nein er zeigt sich sogar unbeeindruckt von dem voraussichtlich für 2012 resultierenden Verlust von rund 60 Millionen Franken.

In völlig übersteigertem Selbstbewusstsein setzt er seinen ideologisch motivierten Umbau der Stadt Zürich fort:

Die einen offensiv mit weiterhin explodierenden Kosten im Tiefbauamt unter Hafenkranführerin Genner, die anderen defensiv unter dem bedauernswerten Vasallen der Linken, Gerold Lauber, der brav nachvollzieht, was ihm Teile des Volksschulgesetzes vorgeben, gleichwohl vorhandenen Spielraum aber unter allen Umständen nicht ausnutzen darf. Das Schul- und Betreuungswesen, in dem mehr und mehr Schüler und Kinder zum Spielball von Selbstverwirklichern werden, läuft finanziell aus dem Ruder.

Der AFP 2013-2016 geht davon aus, dass der Personalaufwand bis 2016 auf sage und schreibe 2.9 Mrd. Franken steigen wird, 450 Mio. Franken mehr als noch 2011. Die Steuereinnahmen verstetigen sich bis 2016 auf 2.55 Mrd. Franken. Dass sich die Stadt Zürich seit 2002 unter linker Führung, mit oder trotz Martin Vollenwyder, zu einem wahren Verwaltungsmoloch entwickelt hat, zeigt der Vergleich der Steuern juristische und natürliche Personen zu 100% (also steuerfussbereinigt). 2002 bis 2016 steigen die entsprechenden Steuern um 17.1%, während dem im gleichen Zeitraum allein der Personalaufwand um 56.8% oder 4% pro Jahr regelrecht explodiert. Die Teuerung 2002 - 2016 dürfte im Jahresdurchschnitt knapp 1% betragen. Zürich lebt in sozialistischer Manier über seine Verhältnisse.

Die Stadt Zürich ist weiterhin vom Finanzplatz abhängig. Es ist der linken Stadtregierung in den letzten 10 Jahren trotz ausgezeichneten Rahmenbedingungen nicht gelungen, eine markante Änderung des Branchenmix, mit operativ aus Zürich heraus tätigen Firmen, hinzubringen. An-

dere Schweizer Städte laufen uns diesbezüglich mehr und mehr den Rang ab.
Am Besorgniserregendsten ist aber die Schuldenentwicklung. Wer in hellenischer Manier Klientelpolitik über Stellenschaffungen betreibt und zusätzlich über Jahre mit völlig ungenügendem Selbstfinanzierungsgrad den ideologisch motivierten Umbau der Stadt erzwingt, der muss sich nicht wundern, dass die Schulden bis 2016 auf 11.5 Milliarden Franken - 29'000 Franken pro Einwohner - anwachsen. Daran wird auch HRM2 nichts ändern.
Personenfreizügigkeit und Ökologie wurden als Deckmäntel zur masslosen Umverteilung missbraucht. Wohnbaupolitik in vollendeter sozialistischer Manier, Umkehrpolitik, 2'000 Watt-Utopien, Mehrwertabschöpfung, lassen grüssen.
Wir müssen hier und heute Gegensteuer geben.
Es reicht nicht, in Form von für den Stadtrat eher unverbindlichen Pauschalanträgen (via Konto 1060 Gesamtverwaltung) Sparbereitschaft demonstrieren zu wollen. Einen Dampfer bringt man nur durch das Einlegen des Rückwärtsganges zum Bremsen.
Die Kürzungsanträge der SVP über mehr als 160 Millionen Franken erlauben sowohl Steuererleichterungen wie die Schaffung von zusätzlichem Eigenkapital.
Wachen Sie auf Genossinnen und Genossen! Verlassen Sie ihre labile Finanzpolitik, Mitteparteien! Flicken Sie den Krug!
Denken Sie nicht an sich, denken Sie nicht nur bis zu den nächsten Wahlen - denken Sie an die Zukunft unserer Kinder und Enkel!

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Roger Liebi, Präsident der RPK (Tel. 079/ 787 45 77)
Gemeinderat Mauro Tuena, Fraktionschef SVP (Tel. 079/ 414 55 51)
Gemeinderat Daniel Regli, Mitglied der RPK (Tel. 078/ 656 85 53)